

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1792/2019**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 13.08.2019

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Be -/1033
Verfasser/-in: Dr. Klaus Dieter Greilich, FDP-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Gelder aus Abschaffung der Gewerbesteuerumlage in die Verantwortung der Kommunen geben
- Antrag der FDP-Fraktion vom 11.8.2019 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, sich über den Hessischen Städte- und Gemeindebund und den Hessischen Städtetag bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass die durch die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage frei werdenden finanziellen Mittel in vollem Umfang von den Kommunen in eigener Verantwortung verausgabt werden können.“

Begründung:

Unter dem Etikett „Programm Starke Heimat“ will die schwarzgrüne Landesregierung die ursprünglich für den Aufbau Ost erhobenen und jetzt frei werdenden 400 Mio. € Gewerbesteuerumlage nur zu einem Viertel direkt den Kommunen zukommen lassen.

Bei 200 Mio. € der den Kommunen gehörenden Gewerbesteuereinnahmen will das Land den Kommunen in Zukunft die Verwendung zweckgebunden vorschreiben und die restlichen 100 Mio. € dienen als Zuschuss der Kommunen zum Landshaushalt und zur Finanzierung des KFA.

Dem Frankfurter Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker (CDU), der zugleich Präsident des Hessischen Städtetages ist, ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er in diesem Zusammenhang von einer ungerechten Umverteilung zu Lasten der Städte in Hessen spricht.

Tatsächlich handelt es sich bei „Starke Heimat“ um einen Etikettenschwindel mit Griff der Landesregierung in die städtischen Kassen.

Da laut dem Geschäftsführer des Hessischen Städte- und Gemeindebundes verfassungsrechtliche Zweifel daran bestehen, ob das Land Hessen bei laut Grundgesetz Zuständigkeit des Bundes die Gewerbesteuerumlage überhaupt regeln darf, sollte die den Magistrat tragende Koalition dem Antrag der Freien Demokraten zustimmen.

Dr. Klaus Dieter Greilich
Fraktionsvorsitzender